Geschäftsbericht des Verwaltungsgerichtes

Autor(en): **Schorer / Dübi**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (1929)**

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-417102

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Geschäftsbericht

des

Verwaltungsgerichtes

für

das Jahr 1929.

Das Verwaltungsgericht erstattet hiermit für das Jahr 1929 den in Art. 44 des Gesetzes vom 31. Oktober 1909 betreffend die Verwaltungsrechtspflege vorgesehenen Bericht.

Im Berichtsjahr wurden an Stelle des verstorbenen Ersatzmannes des Gerichts, Herrn Joh. Mühlemann, Notar in Meiringen, und des vom Grossen Rat zum ordentlichen Mitglied des Gerichts gewählten Herrn Fürsprecher Theodor Abrecht in Biel die Herren Notar Streit in Köniz und Fürsprecher Ludwig Schmid in Bern zu Ersatzmännern ernannt.

Das Verwaltungsgericht beurteilte im Berichtsjahr in 70 Sitzungen 636 Fälle. Eingelangt sind im Jahre 1929 insgesamt 672 neue Streitfälle gegenüber 614 im Vorjahr. Es ist mithin wiederum eine Zunahme der Eingänge zu verzeichnen. Abgenommen haben die vom Verwaltungsgericht als einzige Instanz zu beurteilenden Fälle um 32 und zugenommen haben die Beschwerden in Erbschafts- und Schenkungssteuersachen um 9 und die Beschwerden gegen die Rekurskommission um 67 Fälle. Dagegen betrugen die unerledigt auf 1930 übertragenen Geschäfte 1069, während im früheren Berichtsjahr auf Ende 1928 noch 1142 unerledigte Streitfälle auf das Berichtsjahr 1929 übertragen werden mussten.

Gegenstand der im Berichtsjahr vom Verwaltungsgericht als einzige kantonale Instanz *beurteilten* Streitfälle waren:

1 Vermögensnachsteuer,
40 Einkommensnachsteuern,
1 Gemeinde-Einkommensnachsteuer,
1 Rückforderung von Steuern,
10 Zuschlagssteuern,
4 Gemeindesteuerteilungen,
1 Feuerwehrpflichtersatzsteuer,
2 Föhnwachtpflicht,
2 Gemeindewerkpflichtersatz, Fronsteuer,
4 Wegtelle,
1 Unterstützungsstreitigkeit,
1 Moderationsbeitrag,
2 Strassenkorrektionsbeiträge,
3 Kanalisationsbeiträge,
1 Rückforderung von Handänderungsgebühr,
3 Erbschafts- und Schenkungssteuerstreitigkeiten nach Gesetz von 1864,
1 Aktivbürgersteuer,
1 Schwellenbeitrag,
1 Rückforderung von Lohnabzügen für Steuern,
1 Verpflegungskosten,
1 Kultussteuer,
1 Wasserzins.

Das Gericht behandelte ferner 26 Justizgeschäfte (Kompetenzkonflikte u. a.).

Übersicht der Geschäfte im Berichtsjahr 1929.

	Vom Jahre 1928 übernommen	1929 eingelangt	Kläger oder Beschwerdeführer			Total	Beurteilt	Zugesprochen				Abgewiesen				Vergleiche, Rückzüge u. Abstände	Nichteintreten	**Total erledigt**	Unerledigt auf 1930 übertragen
			Staat	Gemeinden oder Korporationen	Private			Staat	Gemeinden	Private	Total	Staat	Gemeinden	Private	Total				
Als einzige kantonale Urteilsinstanz .	143	50	33	15	2	193	83	34	18	2	54	21	6	2	29	26	—	**109**	84
Als Beschwerdeinstanz in Einkommensteuersachen	909	544	24	13	507	1453	489	25	1	152	178	36	6	269	311	26	19	**534**	919
Als Beschwerdeinstanz betr. Grundsteuerschatzungen	13	5	1	—	4	18	11	—	2	—	2	4	—	5	9	—	—	**11**	7
Als Beschwerdeinstanz gegen Erbschafts- und Schenkungssteuer-Festsetzungen	77	59	—	—	59	136	53	—	—	39	39	—	—	14	14	17	7	**77**	59
Der Präsident als Einzelrichter nach Art. 52 StG.	—	14	—	—	14	14	13			1	1	—	—	12	12	1	—	**14**	—
Total 1929		672				1814	649				274				375	70	26	**745**	1069

Die im Jahre 1929 *eingelangten* Beschwerden über Einkommensteuern betrafen:

1	Beschwerde	das	Steuerjahr	1921
2	Beschwerden	»	»	1922
5	»	»	»	1923
8	»	»	»	1924
19	»	»	»	1925
83	»	»	»	1926
220	»	»	»	1927
191	»	»	»	1928
15	»	»	»	1929
544				

Ferner ist eingelangt ein Gesuch um neues Recht.

Die im Jahre 1929 *beurteilten* Beschwerden über Einkommensteuern betrafen:

1	Beschwerde	das	Steuerjahr	1920
2	Beschwerden	»	»	1921
7	»	»	»	1922
15	»	»	»	1923
37	»	»	»	1924
144	»	»	»	1925
231	»	»	»	1926
51	»	»	»	1927
1	Beschwerde	»	»	1928
489				

Beurteilt wurde ferner ein Gesuch um neues Recht.

Der Jahresbericht zeigt zur Evidenz, dass es höchste Zeit war, die Zwei-Kammerteilung beim Verwaltungsgericht einzuführen. Ein Vergleich mit den früheren Jahren gibt folgendes Bild:

Auf das folgende Jahr übertragen wurden Ende:

1926	1026	Geschäfte
1927	1089	»
1928	1142	»
1929	1069	»

Die jährliche Zunahme ist somit 1929 zum Stillstand gebracht.

	An neu eingelangten Geschäften von total:	standen erledigte Geschäfte gegenüber
1926	716	607
1927	698	635
1928	614	561
1929	672	745

Bezüglich der Ursachen vereinzelter langjähriger Steuerausstände in Einkommensteuerstreitsachen ist darauf hinzuweisen, dass die Haupteingänge an Beschwerden jeweils die 3 letzten Jahre betreffen, daneben aber immer Nachzügler eingehen, die frühere Jahre betreffen.

Von den im Jahre	eingelangten Beschwerden von total:	fielen auf die 3 letzten Steuerjahre:	und auf die früheren Steuerjahre (Nachzügler):
1926 . .	517	1924—1926: 454	1921—1923: 63
1927 . .	508	1925—1927: 437	1920—1924: 71
1928 . .	479	1926—1928: 420	1922—1925: 59
1929 . .	544	1927—1929: 426	1921—1926: 118

Entsprechend erstrecken sich auch die *beurteilten* Beschwerden auf frühere Jahre zurück:

Von den im Jahre	beurteilten Beschwerden von total:	fielen auf die Steuerjahre	und auf die Steuerjahre (Nachzügler):
1926 . .	417	1923—1925: 327	1919—1922: 90
1927 . .	406	1924—1926: 269	1919—1923: 137
1928 . .	372	1925—1927: 229	1920—1924: 143
1929 . .	489	1926—1928: 283	1920—1925: 206

Hieraus zeigt sich zugleich eine ständige Zunahme der Nachzüglerfälle, die ebenfalls abgebremst werden muss, zugleich aber auch, dass dies nur sukzessive möglich ist, da Jahr für Jahr neue eintreffen.

Bern, den 16. Juni 1930.

Im Namen des Verwaltungsgerichtes,

Der Präsident:

Schorer.

Der Gerichtsschreiber:

Dübi.